



## Einladung zur Diskussionsveranstaltung

Thema: **Bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen- wie?**  
Sozialer Wohnungsbau in Stadt und Kreis Gießen

Wann: **Dienstag, 23. Februar, 20.00 Uhr**  
Vortragsraum Kongresshalle (Eingang von der Lonystraße)

Mit: **Reinhard Hamel**, Spitzenkandidat (Kreistag) Gießener LINKE  
**Stefan Kaisers**, Vorsitzender des Gießener Mietervereins  
**Bernd Klein**, Bürgermeister der Stadt Lich  
**Reinhard Thies**, Geschäftsführer der Wohnbau Gießen GmbH

**Gießener LINKE**

**Am 6. März Gießener LINKE wählen!**

V.i.S.d.P. Gießener LINKE, c/o Reinhard Hamel, Marktplatz 2, 35390 Gießen



## Einladung zur Diskussionsveranstaltung

Thema: **Bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen- wie?**  
Sozialer Wohnungsbau in Stadt und Kreis Gießen

Wann: **Dienstag, 23. Februar, 20.00 Uhr**  
Vortragsraum Kongresshalle (Eingang von der Lonystraße)

Mit: **Reinhard Hamel**, Spitzenkandidat (Kreistag) Gießener LINKE  
**Stefan Kaisers**, Vorsitzender des Gießener Mietervereins  
**Bernd Klein**, Bürgermeister der Stadt Lich  
**Reinhard Thies**, Geschäftsführer der Wohnbau Gießen GmbH

**Gießener LINKE**

**Am 6. März Gießener LINKE wählen!**

V.i.S.d.P. Gießener LINKE, c/o Reinhard Hamel, Marktplatz 2, 35390 Gießen





## Bezahlbare Sozialwohnungen fehlen in Gießen und im Landkreis!

Neben der Sicherung des Lebensunterhaltes ist die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum eines der drängendsten Probleme, dem sich Kreise und Kommunen täglich stellen müssen. Heute zeigt sich, dass der Stopp des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus durch die Schröder/Fischer-Regierung (SPD und Grüne) und die einseitige Förderung des privaten Wohnungsbaus dazu geführt haben, dass landauf, landab Tausende Wohnungen für Rentnerinnen und Rentner, Familien mit niedrigem Einkommen, Grundsicherungsempfänger und Flüchtlingsfamilien fehlen.

Nur ein Drittel der Bedarfsgemeinschaften in Gießen leben in Wohnungen, deren Kosten sie erstattet bekommen. Alle anderen haben Wohnungen, die nach den „Angemessenheitsgrenzen“ des Landkreises zu teuer sind. Die Differenz müssen die Betroffenen dann selbst von der ohnehin zu nied-

rigen Grundsicherung tragen, d. h. sie müssen das bei ihrer Kleidung, ihrer Ernährung etc. einsparen. Deshalb fordert die Gießener LINKE, dass der Landkreis die Angemessenheitsgrenzen an den tatsächlichen Mietwerten orientiert und für die Kosten der Unterkunft (KdU) deutlich anhebt.

Deshalb fordern wir – wie auch seit Jahren die Sozialverbände – dringend bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die Wohnungsnot ist schon heute groß und wird durch die Flüchtlinge noch größer werden.

Allein für die Stadt Gießen fordern wir, dass jedes Jahr mindestens 100 zusätzliche Sozialwohnungen geschaffen werden. Das ist finanzierbar, wenn man z. B. auf ein Prestigeprojekt wie den Bahndammdurchstich in der Dammstraße für 2 Millionen Euro verzichtet.



## Bezahlbare Sozialwohnungen fehlen in Gießen und im Landkreis!

Neben der Sicherung des Lebensunterhaltes ist die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum eines der drängendsten Probleme, dem sich Kreise und Kommunen täglich stellen müssen. Heute zeigt sich, dass der Stopp des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus durch die Schröder/Fischer-Regierung (SPD und Grüne) und die einseitige Förderung des privaten Wohnungsbaus dazu geführt haben, dass landauf, landab Tausende Wohnungen für Rentnerinnen und Rentner, Familien mit niedrigem Einkommen, Grundsicherungsempfänger und Flüchtlingsfamilien fehlen.

Nur ein Drittel der Bedarfsgemeinschaften in Gießen leben in Wohnungen, deren Kosten sie erstattet bekommen. Alle anderen haben Wohnungen, die nach den „Angemessenheitsgrenzen“ des Landkreises zu teuer sind. Die Differenz müssen die Betroffenen dann selbst von der ohnehin zu nied-

rigen Grundsicherung tragen, d. h. sie müssen das bei ihrer Kleidung, ihrer Ernährung etc. einsparen. Deshalb fordert die Gießener LINKE, dass der Landkreis die Angemessenheitsgrenzen an den tatsächlichen Mietwerten orientiert und für die Kosten der Unterkunft (KdU) deutlich anhebt.

Deshalb fordern wir – wie auch seit Jahren die Sozialverbände – dringend bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die Wohnungsnot ist schon heute groß und wird durch die Flüchtlinge noch größer werden.

Allein für die Stadt Gießen fordern wir, dass jedes Jahr mindestens 100 zusätzliche Sozialwohnungen geschaffen werden. Das ist finanzierbar, wenn man z. B. auf ein Prestigeprojekt wie den Bahndammdurchstich in der Dammstraße für 2 Millionen Euro verzichtet.